

Stadt-Region

Sparideen kommen und gehen

Die Delegierten der Stadtberner SP haben ihre Finanzstrategie diskutiert

Sparpolitik ist nicht die Domäne der SP. Dass die Genossinnen und Genossen der Stadt Bern dennoch eine Arbeitsgruppe eingesetzt haben, die nach Sparmöglichkeiten in der Stadtverwaltung suchen sollte, liegt denn auch nicht in der Absicht begründet, dereinst weniger Steuern zahlen zu müssen - vielmehr sollte durch Einsparungen «Spielraum geschaffen werden, um neue Aufgaben erfüllen zu können, die sich aufdrängen», wie Arbeitsgruppenmitglied Rosmarie Okle am Montagabend an der Delegiertenversammlung sagte.

Stadtrat halbieren? Nein, danke!

Einige Vorschläge der Arbeitsgruppe hatten es in sich: so zum Beispiel die «Reduktion des Stadtrates auf 40 Sitze». Für Laien: Das Parlament würde halbiert. Der Vorschlag an sich gab am Montag kaum zu reden. Die Parteileitung hatte die Streichung der Idee schon im Vorfeld beantragt - die Versammlung folgte ohne grosse Diskussion, man war sich einig: So nicht!

Zu reden gab vielmehr das taktische Ungeschick - bekämpft die SP die Initiative «5 statt 7» doch mit dem Argument, die Verkleinerung des Gemeinderates käme einem Demokratieabbau gleich - was wäre dann erst die Halbierung des Stadtrates? Dies sei «beste Negativwerbung» für die Argumente der SP, meinte Stadträtin Barbara Mühlheim. Okle entgegnete, die Arbeitsgruppe habe damit gerechnet, dass das Papier erst nach der Abstimmung zu «5 statt 7» zur Diskussion und damit in die Öffentlichkeit käme. Einigkeit herrschte sodann in der Analyse, dass beim Stadtrat angesichts der «masochistisch tiefen Entschädigungen für dessen Mitglieder», wie ein Votant sagte, ohnehin nicht viel zu sparen wäre.

Auch ein weiterer Sparvorschlag der Arbeitsgruppe kam nicht weit: Die Idee, die Statistikdienste der Stadt zu streichen, wurde von den Delegierten mit grossem Mehr gleich selbst gestrichen. Und wenn man schon dabei war: Auch eine alte Forderung der SP, jene nämlich für die Erhebung einer Feuerwehersatzabgabe, fand ein jähes Ende. Sie figuriert seit Montag nicht mehr auf der Liste der finanzpolitischen Ziele der Stadtberner SP.

Ganz alle Sparvorschläge wurden jedoch nicht gestrichen: So will die SP den Aufwand für den Strassenunterhalt, «was den motorisierten Individualverkehr betrifft», halbieren, städtische Immobilien verkaufen, soweit sie «nicht strategisch von Bedeutung sind», beim Zivilschutz und der Medienstelle der Stadtpolizei den Aufwand reduzieren und bei grossen Bauprojekten und politischen Vorstössen jeweils die langfristigen Folgekosten abklären. Das nur einige Beispiele. Ebenfalls im finanzpolitischen Forderungskatalog behält die SP die Übertragung von städtischen Haupt- und Nationalstrassen an den Kanton respektive den Bund. Gleiches gilt für das Stadttheater und das Symphonie-Orchester.

Höhere Steuern? Es sind Wahlen!

Eine längere Diskussion entbrannte später über die Frage, ob die SP «einnahmenseitig» die Erhöhung der Steueranlage von 1,54 auf 1,6 vertreten solle. Die Idee war eine Reaktion auf die Forderung von Finanzdirektor Kurt Wasserfallen (fdp), der Steuerfuss sei auf den nächsten Zehntel abzurunden. Stadträtin **Corinne Mathieu**: «Eine moderate Steuererhöhung ist immer noch erträglicher, als dauernd die Gebühren zu erhöhen.» Ja schon, wurde von verschiedenen Seiten entgegnet - doch wie sagte Stadtrat Res Zysset: «Die SP kann nicht mit einer Steuererhöhung in den Wahlkampf ziehen.» Der Vorschlag wurde gestrichen. (sbü)